**Entwurf einer Protokollerklärung
Vermittlungsausschuss Hartz IV, Mindestlohnregelungen**

Stand: 21.2.2011

Die Bundesregierung wird Anträge auf Erstreckung eines Mindestlohntarifvertrags in der Branche der Aus- und Weiterbildung nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch (Weiterbildung) und der Branche Sicherheitsdienstleistungen auf der Basis der Voraussetzungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes unterstützen.

In der Branche Sicherheitsdienstleistungen (darunter fällt auch der Bereich der Geld- und Werttransporte) wurde mit dem am 18. Februar 2011 im Bundesanzeiger veröffentlichten Antrag auf Erstreckung eines Mindestlohntarifvertrags vom 11. Februar 2011 ein Mindestlohnverfahren auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen der Tarifvertragsparteien, einen Mindestlohn auf tarifvertraglicher Grundlage nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu etablieren. Sie wird daher den Antrag der Tarifvertragsparteien auf der Grundlage der bestehenden rechtlichen Bedingungen positiv begleiten.

Im Falle eines neuen Verfahrens auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Mindestlohntarifvertrages nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz in der Branche Weiterbildung wird die Bundesregierung die maßgeblichen Verhältnisse erneut eingehend prüfen. Sie wird dabei insbesondere ermitteln, ob sich aufgrund eingetretener Erhöhung der Tarifbindung auf Arbeitgeberseite und der Bandbreite der vertretenen Arbeitgeber eine gegenüber Oktober 2010 geänderte Sachlage ergeben hat.